

59947-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Hebezeuge und Fördermittel – Unterflurhebeanlagen (UFHA) und Dacharbeitsbühnen (DAB)
OJ S 18/2026 27/01/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft

E-Mail: Einkauf.inf2@bvg.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Unterflurhebeanlagen (UFHA) und Dacharbeitsbühnen (DAB)

Beschreibung: Fertigung, Lieferung und Montage von drei Unterflurhebeanlagen (UFHA) und drei elektrisch verfahrbaren Dacharbeitsbühnen (DAB) mit Kran für die neu zu errichtenden KT-Hallen im Rahmen des Werkstättenkonzepts U-Bahn.

Kennung des Verfahrens: 52f57cb8-5b1f-44d5-b608-c4feac401301

Interne Kennung: INF2-0559-2025

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 42410000 Hebezeuge und Fördermittel

Zusätzliche Einstufung (cpv): 42413500 Hebevorrichtungen für Fahrzeuge

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10179

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Der Auftraggeber (nachfolgend auch AG genannt) ist nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB Sektorenauftraggeber und unterliegt dem GWB und der SektVO sowie dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG). Den Unterlagen zur Veröffentlichung liegt eine Datei mit allgemeinen Verfahrenshinweisen zum vorliegenden Vergabeverfahren (Allgemeine Verfahrenshinweise) bei. Die hierin enthaltenen Informationen beschreiben das Verfahren und die Besonderheiten, die zu beachten sind. Darüber hinaus stellt der AG eine Checkliste zur Verfügung, aus der die einzureichenden Unterlagen zusätzlich hervorgehen. 2. Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb (TNW) begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben,

Erklärungen und Nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben. Erst eine erfolgreiche Bewerbung mit positiver Eignungsprüfung und -bewertung durch den AG führt zur Aufforderung zur Angebotsabgabe. 3. Der AG weist darauf hin, dass allein der Inhalt der im Supplement zum Amtsblatt der EU veröffentlichten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext dort nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird. 4. Sämtliche Unterlagen zu diesem Vergabeverfahren sind direkt, kostenfrei und ausschließlich per Download unter dem nachfolgend angegebenen Link (siehe "Auftragsunterlagen" unter der URL <https://vergabekooperation.berlin> , nachfolgend "Vergabeplattform" genannt) abrufbar. Auch alle weiteren Informationen wie Änderungen der Vergabeunterlagen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden ebenfalls unter vorgenanntem Link zum Download zur Verfügung gestellt. Interessierten Unternehmen wird empfohlen, sich auf der Vergabeplattform unter der vorliegenden Vergabe zu registrieren, damit sie über Änderungen des Vergabeverfahrens benachrichtigt werden. Ohne entsprechende Registrierung erfolgt keine Benachrichtigung. 5. Bewerber-/Bieterfragen sind ausschließlich als Bewerber-/Bieterfragen über die Vergabeplattform (unter vorgenanntem Link) einzureichen (nicht per E-Mail). Das betreffende Dokument und die Ziffer, auf die sich die Bewerber-/Bieterfrage bezieht, sind zu benennen. 6. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die mindestens 7 Kalendertage vor der in der Bekanntmachung genannten Frist zum Eingang der Teilnahmeanträge bzw. mindestens 10 Kalendertage vor der in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Angebotsfrist an die bezeichnete Stelle (Beschaffer) unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform eingegangen sind. Mündliche Anfragen und Anfragen per E-Mail, Fax oder Post werden nicht beantwortet. Der AG behält sich vor, verspätete Fragen nicht zu beantworten. 7. Der AG wird etwaige Änderungen, zusätzliche Informationen (auch die Formulare) und Beantwortungen von Fragen von Bewerbern/Bietern zum TNW/Angebot sowie sonstige Klarstellungen, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Vergabeplattform veröffentlichen. 8. Die Bewerber/Bieter müssen, soweit nicht im Einzelfall auf dem betreffenden Formular explizit abweichend geregelt, die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben und Erklärungen abgeben sowie Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen oder Angebote ist nicht ausreichend. 9. Sofern ein Teilnahmeantrag durch eine Bewerbergemeinschaft erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft ausgefüllte Erklärung "Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung" einzureichen, aus der sich die gesamtschuldnerische Haftung (Rechtsform) der Bewerbergemeinschaft im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt. 10. Bewerber/Bewerbergemeinschaften dürfen nur einen Teilnahmeantrag und ein Angebot einreichen. Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft dürfen zudem nicht zugleich als Einzelbewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft am Verfahren teilnehmen. 11. Die unter "Bedingungen für die Einreichung eines Angebotes / Ausschlussgründe und Eignungskriterien" benannten Unterlagen sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft (nachfolgend auch "BewGe") in einem gesonderten Formular "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. 12. Zur Erfüllung von Mindestanforderungen an die unter der Rubrik "Bedingungen für die Einreichung eines Angebotes/Eignungskriterien" werden die Umsätze von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft gesamthaft ausgewertet und betrachtet. 13. Bewerbergemeinschaften haben darüber hinaus eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben: Sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haben zu erklären, dass die Bildung der Bewerbergemeinschaft keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von jedem Mitglied der BewGe zu

erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben. Der AG stellt hierzu ein Formblatt "Bewerber-/Bietergemeinschaften" zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden. 14. Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft der Kontaktaufnahme durch den AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu. 15. Wenn sich ein Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft für die Eignung auf die Fähigkeiten eines anderen Unternehmens stützen möchte (eines Nachunternehmers, eines Dritten oder eines verbundenen Konzernunternehmens - sogenannte Eignungsleihe), dann müssen für dieses eignungsleihgebende Unternehmen zusätzlich folgende Unterlagen eingereicht werden: "Verpflichtungserklärung Eignungsleihe" - insoweit auf dessen Leistungsfähigkeit Bezug genommen wird. Hierin muss das eignungsleihgebende Unternehmen auch erklären, dass es dem Bewerber im Auftragsfalle die entsprechenden Kapazitäten und ggf. die betreffenden Fähigkeiten höchstpersönlich tatsächlich zur Verfügung stellt. 16. Bei einer Bezugnahme auf Kapazitäten eines anderen (eignungsleihgebenden) Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit ist durch dieses zusätzlich zu bestätigen, dass es mit dem Bewerber im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet. 17. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf vorzulegende Nachweise, Angaben oder Erklärungen für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit - wie Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (Referenzen) - die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses zu bestätigen, dass es die Leistungen als Unterauftragnehmer im Auftragsfall erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden. 18. Sofern zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen Unterauftragnehmer /Nachunternehmer vorgesehen sind, ist das Formblatt "Unterauftrag-/Nachunternehmerleistung" einzureichen. 19. Der Teilnahmeantrag muss fristgemäß, also vor Ablauf der Teilnahmefrist (siehe Angaben zur Einreichung) über die Vergabepattform in Textform eingereicht werden. 20. Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: a) Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich oder rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. 21. Die geeigneten Bewerber werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. 22. Der AG behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen. 23. Der AG behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungen über alle Inhalte, insbesondere auch der Leistungsbeschreibung sowie des Vertragsentwurfs, zu verhandeln. Nach Abschluss der Verhandlungen werden den Bietern mögliche Änderungen mitgeteilt und diese aufgefordert, überarbeitete verbindliche Angebote abzugeben. 24. Datenschutz: Der Bewerber/Bieter hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den AG trägt der Bewerber/Bieter die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend der Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z. B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU
sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Weitere

Ausschlussgründe: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB.

Unternehmen müssen das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe durch Eigenerklärung

(Formular: "Eigenerklärung zur Eignung") nachweisen. Die nachstehenden Angaben /Erklärungen/Nachweise sind von den Bewerber (der Begriff Bewerber wird als Synonym auch für Bewerbungsgemeinschaften verwendet) bzw. von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern (NU) /Unterauftragnehmern und eignungsleihgebenden Unternehmen vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, hat der Bewerber auf Verlangen weitere Nachweise vorzulegen. 1. Bezeichnung des Bewerberunternehmens mit Firmennamen und Anschrift. 2. Eigenerklärung dazu, dass keiner der in §§ 123, 124 GWB in der aktuellen Fassung aufgelisteten Ausschlussgründe vorliegt. 3. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 21 Abs. 1 AEntG nicht vorliegen. 4. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 98c AufenthG nicht vorliegen. 5. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 21 Abs. 1 SchwarzArbG nicht vorliegen. 6. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 19 Abs. 1 MiloG nicht vorliegen. 7. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 22 LkSG nicht vorliegen. 8. Eigenerklärung, dass keine Eintragung im Wettbewerbsregister gemäß Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) vorliegt. 9. Erklärung zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung. 10. Erklärung zum Unternehmen (gem. §10a SektVO in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 2, Artikel 2 Nr. 4 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780). 11. Erklärung zur Höhe der Versicherung. Hinweise: Für die zuvor genannten Angaben ist, sofern und soweit nicht im Einzelfall auf dem betreffenden Formblatt ausdrücklich anders mitgeteilt, das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" zu verwenden und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. 12. Eigenerklärung zur Umsetzung der EU- Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Hierfür ist das entsprechende Formblatt ("Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k") zu verwenden und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. 13. Auf Anforderung des AG: Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich oder rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Siehe insoweit auch nachfolgend "Bedingungen für die Einreichung eines Angebots / Eignungskriterien".

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Unterflurhebeanlagen (UFHA) und Dacharbeitsbühnen (DAB)

Beschreibung: Kurze Beschreibung: Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) plant den Bau von neuen Werkstatthallen an den drei Standorten Friedrichsfelde, Britz und Machandelweg, um die zukünftige Instandhaltungsstrategie der Berliner U-Bahn infrastrukturell sicherzustellen. An jedem Standort sollen je drei Unterflurhebeanlagen (UFHA) für den Komponententausch, wie zum Beispiel Drehgestellen und Kupplungen, beschafft werden. Zusätzlich ist an jedem Standort, auf einem der UFHA-Gleise, eine elektrisch verfahrbare Dacharbeitsbühne (bestehend aus vier Fahrkörben, die einzeln oder paarweise, gegenüberliegend betrieben werden), sowie eine Krananlage mit zwei Deckenlaufkränen geplant. In Summe werden neun UFHA und drei verfahrbare Dacharbeitsbühnen mit Krananlage benötigt. Beschreibung der Beschaffung: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Schulung, Probetrieb und Endabnahme von insgesamt drei elektrisch verfahrbaren Dacharbeitsbühnen, drei Krananlagen und neun Unterflurhebeanlagen in Kragarmausführung mit elektrisch verfahrbaren Unterflur-Wagenkastenabstützungen. Je Standort sind zwei Unterflurhebeanlagen und eine kombinierte Anlage bestehend aus Unterflurhebeanlage, Dacharbeitsstand und Krananlage zu liefern. Die Leistungen sind gemäß der Leistungsbeschreibung, sowie dessen Anlagen zu erbringen.

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 42410000 Hebezeuge und Fördermittel

Zusätzliche Einstufung (cpv): 42413500 Hebevorrichtungen für Fahrzeuge

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Optionaler Wartungsvertrag für zunächst 36 Monate, mit Verlängerungsoption bis zu zweimal um jeweils 30 Monate. Maximale Gesamtlaufzeit 96 Monate.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2026

Enddatum der Laufzeit: 15/01/2030

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#Mit dem Teilnahmeantrag /Angebot ist klar anzugeben, welche Teile Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthalten.

Diese Teile sind bitte deutlich zu kennzeichnen und zu begründen, warum sie als vertraulich behandelt werden müssen. Bewerber/Bieter, die ihren Sitz in einem Drittstaat haben, also einem Land, das kein Mitglied der Europäischen Union ist und mit dem die Europäische Union keine internationale Übereinkunft zum gegenseitigen Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt geschlossen hat, haben keinen Anspruch auf Einhaltung der Vergabegrundsätze wie insbesondere Transparenz und Gleichbehandlung, und auf Einhaltung von die Vergabegrundsätze konkretisierenden Regelungen. Insbesondere werden sie nicht nach § 134 GWB benachrichtigt. Auf die Regelungen des § 55 SektVO wird hingewiesen. Der AG behält sich vor, bei Lieferaufträgen Angebote gem. § 55 Abs. 1 SektVO zurückzuweisen, bei denen der Warenanteil zu mehr als 50 % des Gesamtwerts aus Ländern stammt, die nicht Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind und mit denen auch keine Vereinbarungen über gegenseitigen Marktzugang besteht (sog. "Drittstaaten"). Der AG behält sich vor, zu diesem Zweck und zur Einhaltung seiner Pflicht nach § 55 Abs. 2 SektVO die Herkunft der Waren entsprechend abzufragen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einen durchschnittlichen jährlichen Gesamtumsatz von mindestens 5.000.000 EUR netto erzielt hat. Diese Anforderung stellt eine verbindliche

Mindestanforderung dar. Bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder addiert. Die Angaben hierzu sind in der Eigenerklärung zur Eignung vorzunehmen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er in den letzten drei Jahren vor Ablauf der Teilnahmefrist einen Umsatz von mindestens 1.000.000 EUR netto je Referenz erzielt hat, bezogen auf Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die die Entwicklung, Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probetrieb und Endabnahme von Unterflurhebeanlagen (UFHA) umfassen. Der Bewerber hat hierzu mindestens drei abgeschlossene Unternehmensreferenzen anzugeben, deren Endabnahme innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist liegt. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar. Bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder addiert. Der Nachweis erfolgt durch entsprechende Angaben in der "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er in den letzten drei Jahren vor Ablauf der Teilnahmefrist einen Umsatz von mindestens 250.000 EUR netto je Referenz erzielt hat, bezogen auf Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die die Entwicklung, Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probetrieb und Endabnahme von Dacharbeitsbühnen (DAB) umfassen. Der Bewerber hat hierzu mindestens zwei abgeschlossene Unternehmensreferenzen anzugeben, deren Endabnahme innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist liegt. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar. Bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder addiert. Der Nachweis erfolgt durch entsprechende Angaben in der "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er mindestens drei abgeschlossene Unternehmensreferenzen über Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, vorlegt. Maßgeblich ist, dass die Endabnahme der jeweiligen Referenz innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt ist. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die die Entwicklung, Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probetrieb und Endabnahme von Unterflurhebeanlagen (UFHA) umfassen und ein Auftragsvolumen von mindestens 1.000.000 € netto je Referenz aufweisen. Die Angaben sind in der "Eigenerklärung zur Eignung" im Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen vorzunehmen und müssen folgende Informationen enthalten: - Referenzbezeichnung und Auftraggeber (mit Kontaktdaten), - Leistungszeitraum (von/bis), - Auftragsvolumen (netto), - Datum der Endabnahme / Projektabschluss, - Kurzbeschreibung des Leistungsumfanges. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er mindestens zwei abgeschlossene Unternehmensreferenzen über Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, vorlegt. Maßgeblich ist, dass die Endabnahme der jeweiligen Referenz innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt ist. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die die Entwicklung, Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probetrieb und Endabnahme von Dacharbeitsbühnen (DAB) umfassen und

ein Auftragsvolumen von mindestens 250.000 € netto je Referenz aufweisen. Die Angaben sind in der "Eigenerklärung zur Eignung" im Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen vorzunehmen und müssen folgende Informationen enthalten: - Referenzbezeichnung und Auftraggeber (mit Kontaktdaten), - Leistungszeitraum (von/bis), - Auftragsvolumen (netto), - Datum der Endabnahme / Projektabschluss, - Kurzbeschreibung des Leistungsumfanges. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat anzugeben, über wie viele Mitarbeiter er in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils durchschnittlich verfügt hat. Die Angaben sind in der "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.2 "Erklärung zur Anzahl der Mitarbeiter", vorzunehmen und gelten als Pflichtangaben. Es ist für jedes der drei Geschäftsjahre die jeweilige durchschnittliche Gesamtanzahl der Beschäftigten anzugeben.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat nachzuweisen, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein deutschsprachiger Service für den Auftraggeber verfügbar ist. Bei ausländischen Bietern ist mindestens ein Servicemitarbeiter mit Sprachkenntnissen auf dem Niveau B2 (selbständige Sprachverwendung einschließlich technischer Fachdiskussionen) bereitzustellen. Der entsprechende Nachweis (z. B. gültiges Sprachzertifikat eines fest angestellten Servicemitarbeiters) ist im Rahmen der Angebotsabgabe vorzulegen. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vom Bewerber wird der Nachweis folgender gültiger Zertifikate verlangt: • DIN EN ISO 9001 - Qualitätsmanagementsystem • DIN EN ISO 14001 - Umweltmanagementsystem • DIN EN 1090-2, Ausführungsklasse EXC3 Im Falle der Nichtverfügbarkeit der geforderten Zertifikate für DIN EN ISO 9001, DIN EN ISO 14001 und DIN EN 1090-2 Ausführungsklasse EXC3 werden gleichwertige Zertifizierungen oder Nachweise akzeptiert, sofern diese auf international anerkannten Qualitäts-, Umwelt- oder Herstellungsstandards basieren und den genannten Normen in Inhalt und Wirkung entsprechen. Als gleichwertig gelten insbesondere Nachweise, die • ein wirksames Qualitätsmanagementsystem gemäß den Grundsätzen der DIN EN ISO 9001 gewährleisten, • Maßnahmen zur Minimierung von Umweltauswirkungen sowie zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung gemäß den Grundsätzen der DIN EN ISO 14001 enthalten, • eine gleichwertige Herstellerqualifikation im Sinne der DIN EN 1090-2, Ausführungsklasse EXC3, nachweisen. Der Nachweis erfolgt über die "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.4 "Zertifikate und Unternehmensqualifikation". Diese Anforderungen stellen verbindliche Mindestanforderungen dar..

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber erklärt, dass zum Zeitpunkt des Teilnahmewettbewerbs eine Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 20.000.000 € besteht, die alle Risiken des zu schließenden Vertrages abdeckt. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar. Auf Anforderung des Auftraggebers ist eine Versicherungsbestätigung oder Policenabschrift vorzulegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Technische Qualität Unterflurhebeanlagen (UFHA)

Beschreibung: Bewertung der technischen Unterlagen und Konzepte gemäß Funktionaler Leistungsbeschreibung (FLB), insbesondere: Qualität der Zeichnungen, Ausführung von Steuerpult und Fernbedienung, Erfüllung der Soll-Kriterien.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Technische Qualität Dacharbeitsstände und Krane (DAB + Kran)

Beschreibung: Bewertung der technischen Unterlagen und Konzepte gemäß FLB, insbesondere: Zeichnungen, Fernbedienungs- und Schaltschränke, Erfüllung der Soll-Kriterien.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Beschaffungskosten (UFHA, WKA, Kran, DAB) (90%) & Instandhaltungskosten während und nach der Mängelhaftungsfrist (UFHA, WKA, Kran, DAB) (10%)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-199cd3a1f22-652538dce1f058bc

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabekooperation.berlin>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/02/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG behält sich nach § 51 Abs. 2 und Abs. 3 SektVO unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bieter /Bietergemeinschaften aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb beeinträchtigen. Der AG wird anschließend die vollständigen und fristgerecht eingegangenen

Unterlagen inhaltlich prüfen. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt in jedem Fall zum Ausschluss.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der AN hat gem. Frauenförderverordnung während des Auftrags Maßnahmen zur Frauenförderung durchzuführen oder einzuleiten. Hierzu hat der Bieter mit der Angebotsabgabe eine Erklärung zur Frauenförderung i. S. d. Frauenförderverordnung abzugeben. Der AG stellt hierzu ein Formular "Frauenförderbogen" zur Verfügung. Darüber hinaus hat der AN die Vorgaben nach dem BerlAVG einzuhalten, insbesondere einen für den Auftrag eingesetzten Arbeitnehmer*innen während der Ausführung dieses Auftrags den vergaberechtlichen Mindestlohn des Landes Berlin und/oder tarifvertraglichen Entgelte zu zahlen. Der AN hat die im Supplier Code of Conduct niedergelegten menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen bei der Ausführung des vertragsgegenständlichen Auftrags einzuhalten und diese Erwartungen entsprechend entlang der Lieferkette des vertragsgegenständlichen Auftrags angemessen zu adressieren.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: gesamtschuldnerisch haftend

Finanzielle Vereinbarung: Siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft

Registrierungsnummer: 0204:11-2000016000-38

Postanschrift: Holzmarktstraße 15-17

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10179

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: Einkauf.inf2@bvg.de

Telefon: +493025628962

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin- Luther- Str. 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de

Telefon: +49 30-9013-8316

Fax: +49 30-9013-7613

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5bf30928-84f3-4859-b5e8-ffc6ca156fe7 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 23/01/2026 21:13:55 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 59947-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 18/2026

Datum der Veröffentlichung: 27/01/2026